

Organe (Angabe nach § 285 Nr. 10 HGB)

Aufsichtsrat

Gottfried Rüßmann Vorsitzender (bis 7. Mai 2025)	Vorsitzender der Vorstände DEVK Versicherungen i. R.
Dr. Michael Zons Vorsitzender (ab 7. Mai 2025)	Mitglied der Vorstände DEVK Versicherungen
Frank Skorzus Stellv. Vorsitzender	Mitglied des Vorstands der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
Doris Fohn	Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats DEVK Versicherungen i. R.
Dr. jur. Martin Henke	Geschäftsführer für den Bereich Eisenbahnverkehr des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen e. V. (VDV) i. R.
Sedat Karaduman	Vorstandssekretär/Referent im Büro des Stellv. Vorsitzenden Dr. Loroch der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)
Cornelia Wittmann	Leiterin Vorstandsbereich Vorsitzender Martin Burkert der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)

Vorstand

Dr. Nabila Abaza-Uhrberg	Verantwortlich für: Regulatorik: Compliance/Datenschutz/Revision/GwG, Rechtsangelegenheiten, Steuern, Informationssicherheit
Elmar Kaube	Verantwortlich für: Unternehmensplanung/Controlling/Risikomanagement, Rechnungswesen, Kapitalanlagen/Beteiligungsmanagement
Olaf Nohren	Verantwortlich für: Betrieb und Schaden, Vertrieb und Produkt, Informationsverarbeitung und Kommunikation, Personalwesen

Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Gegenstand der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG ist der Betrieb der Rechtsschutzversicherung und der Rückversicherung in diesem Versicherungszweig im In- und Ausland. Die Geschäftstätigkeit erstreckte sich auf die Bundesrepublik Deutschland. Es wurde ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft betrieben.

Im Berichtsjahr wurden alle in den "Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB)" aufgeführten Versicherungsarten (Standardgeschäft) angeboten.

Verbundene Unternehmen, Beteiligungen

Verbundene Unternehmen der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG sind der

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn, Köln,

und dessen unmittelbare und mittelbare Tochterunternehmen.

Das Grundkapital beträgt 21,0 Mio. € und ist zu 100 % eingezahlt. Es wird zu 100 % gehalten von der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE, mit der ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag besteht.

Die KLUGO GmbH ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG. Sie bietet unter anderem ein Online-Portal für Rechtssuchende an.

Die Angabe unmittelbarer Anteile unserer Gesellschaft an wesentlichen verbundenen Unternehmen und Beteiligungen befindet sich im Anhang.

Funktionsausgliederung und organisatorische Zusammenarbeit

Aufgrund eines Generalagenturvertrags übernimmt der DEVK Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. die Funktion der Versicherungsvermittlung sowie die damit zusammenhängenden Aufgaben.

Allgemeine Betriebsbereiche, wie z. B. Rechnungswesen, Inkasso, IT, Kapitalanlage und -verwaltung, Personal, Revision sowie Allgemeine Verwaltung, sind für alle DEVK-Unternehmen organisatorisch zusammengefasst.

Gemäß dem Gemeinschaftsvertrag stellt uns der DEVK Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. das erforderliche Innendienstpersonal zur Verfügung.

Die mit der Schadenregulierung befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nehmen hierbei ausschließlich Aufgaben unserer Gesellschaft wahr und unterliegen auf dem Gebiet der Schadenbearbeitung allein der Aufsicht und den Weisungen unseres Unternehmens.

Unser Unternehmen hat separate Mietverträge und verfügt gemäß seiner Nutzung über eigenes Inventar und eigene Arbeitsmittel.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im Jahr 2025 war geprägt von einer anhaltenden Konjunkturschwäche. Der Bundesregierung ist es bisher kaum gelungen, der Wirtschaft neue nachhaltige Wachstumsimpulse zu geben. Zwar stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2025 nach zuvor zwei Rezessionsjahren in Folge wieder leicht um 0,2 % gegenüber dem Vorjahr an, das Wachstum lag jedoch weiterhin unter dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre in Höhe von 0,9 %. Insbesondere die deutsche Exportwirtschaft litt unter der Zollpolitik der US-Administration, der Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar sowie der zunehmenden Konkurrenz aus China. Zurückzuführen ist das BIP-Wachstum in erster Linie auf gestiegene Konsumausgaben seitens des Staates sowie der privaten Haushalte. Die Auswirkungen der militärischen Eskalation im Nahen Osten auf das globale Wachstum und das Kapitalanlageumfeld der Gesellschaft werden intensiv beobachtet.

Ungeachtet der geopolitischen Risiken und Krisen, der Unberechenbarkeit der Handelspolitik der USA sowie der schwächelnden Konjunktur erreichten die Aktienmärkte mehrfach neue Rekord-Höchststände. Der deutsche Leitindex DAX 40 stieg im Jahresverlauf um 23,0 % auf 24.490,41 Punkte zum Jahresende 2025. Der EuroStoxx 50 wies eine Jahresperformance von 18,3 % auf, der amerikanische S&P 500 stieg (in USD) um 16,4 %.

Deutliche Unterschiede zeigten sich in der globalen Geldpolitik. Während die Europäische Zentralbank (EZB) an ihrem Expansionskurs festhielt und die Leitzinsen bis Juni 2025 schrittweise auf 2,0 % senkte, nahm die US-Notenbank Fed ihre Zinssenkungen erst im zweiten Halbjahr vor und reduzierte den Leitzins auf eine Spanne von 3,50 % bis 3,75 %.

Der Rechtsschutz-Markt konnte 2025 laut GDV einen Vertragszuwachs von 0,9 % gegenüber dem Vorjahr verzeichnen. Die Beitragseinnahmen erhöhten sich dabei um 6,0 %. Die Anzahl der im Geschäftsjahr gemeldeten Schäden nahm branchenweit um 0,3 % zu; die Schadenzahlungen nahmen um 1,0 % zu.

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2025 war das Rechtsschutzgeschäft von einem dynamischen Marktumfeld geprägt. Digitale und individuell ausgestaltbare Rechtsschutzlösungen spielen eine zunehmend wichtige Rolle und prägen die Erwartungen der Kundinnen und Kunden. LegalTech Anbieter prägen den Markt zunehmend und beeinflussen sowohl Produktgestaltung als auch Anspruchsverhalten der Versicherten.

Unter diesen Rahmenbedingungen konnten wir unseren Marktanteil, bezogen auf die gebuchten Bruttobeiträge, im Vergleich zum Vorjahr stabil halten. Dabei tragen wir den Ansprüchen der Kundinnen und Kunden an Qualität und einen attraktiven Preis mit unseren Produkten Rechnung.

Die Zahl der Verträge im Bestand ist um -0,3 % auf 1.016.637 (Vorjahr 1.019.798) zurückgegangen. Darin enthalten sind Gruppenverträge mit insgesamt rund 200.000 versicherten Personen. Aufgrund des stagnierenden Neugeschäfts liegen wir insgesamt unterhalb unserer Prognose, die von einem Bestandszuwachs zwischen 0,1 % und 0,5 % ausging.

Die Beitragseinnahmen sind gegenüber dem Vorjahr um 5,4 % gestiegen und liegen damit über der für das Geschäftsjahr prognostizierten Bandbreite von 3,5 % bis 4,5 %.

Für das Geschäftsjahr 2025 beträgt die bilanzielle Schadenquote 66,6 % und liegt damit unter dem Vorjahreswert von 70,4 %. Die Anzahl der gemeldeten Schäden stieg lediglich geringfügig um 0,2 % gegenüber dem Vorjahr. In der Leistungsart Arbeits-Rechtsschutz wurden hingegen aufgrund der angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt vermehrt Schadenfälle gemeldet. Mit 92,8 % (Vorjahr 96,0 %) liegt die Combined Ratio inkl. Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung unterhalb der prognostizierten Bandbreite von 94,0 % bis 96,0 %.

Das Netto-Kapitalanlageergebnis sank leicht von 12,0 Mio. € auf 11,9 Mio. € und damit weniger stark als prognostiziert. Der Kapitalanlagebestand ist – stärker als in der Vorjahresprognose erwartet – deutlich angestiegen von 512,4 Mio. € auf 567,1 Mio. €. Die Nettoverzinsung in Höhe von 2,2 % ist im Jahr 2025 im Vergleich zum Vorjahr moderat und somit weniger stark als erwartet gesunken (Vorjahr 2,4 %).

Die Strategische Asset Allokation, also die Zielaufteilung der Kapitalanlagen, wurde Ende 2025 DEVK-weit überprüft, wobei sich die Zielquoten für die Gesellschaft nicht verändert haben. Im Jahresverlauf schwankte die effektive Aktienquote zu Buchwerten zwischen 11,0 % und 13,4 %. Mittelfristig ist ein weiterer Aufbau der Aktienpositionen geplant. Der Aufbau anderer langfristig orientierter Realwerte im Bereich Alternativer Investments wurde im Jahr 2025 wie geplant fortgesetzt. Zudem erfolgte ein starker Aufbau der Immobilienposition durch den Erwerb von Anteilen an Immobilienbeteiligungen.

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit liegt mit 25,5 Mio. € oberhalb der prognostizierten Bandbreite von 19,0 Mio. € bis 21,0 Mio. €.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage des Unternehmens

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €	Veränderung Tsd. €
Versicherungstechnische Rechnung	16.505	8.948	7.557
Ergebnis aus Kapitalanlagen	11.884	11.967	-83
Sonstiges Ergebnis	-2.882	-1.763	-1.119
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	25.507	19.152	6.355
Steuern	99	92	7
Gewinnabführung	25.408	19.059	6.349
Jahresüberschuss	-	-	-

Versicherungstechnisches Ergebnis

Die gebuchten Bruttobeiträge haben sich gegenüber dem Vorjahr (217,2 Mio. €) um 5,4 % auf 228,8 Mio. € erhöht.

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle lagen bei 152,4 Mio. € und somit -0,3 % unterhalb des Vorjahres (152,8 Mio. €). Deren Anteil an den verdienten Beiträgen beläuft sich auf 66,6 % (Vorjahr 70,4 %). Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb sind auf 59,3 Mio. € (Vorjahr 55,3 Mio. €) gestiegen. Deren Verhältnis zu den verdienten Beiträgen ergibt 25,9 % (Vorjahr 25,5 %).

Das versicherungstechnische Ergebnis hat sich aufgrund der positiven Beitragsentwicklung, den umgesetzten Maßnahmen (z. B. Schadensteuerung) sowie der positiven Abwicklung auf 16,5 Mio. € erhöht (Vorjahr 8,9 Mio. €).

Kapitalanlageergebnis

Nach Abzug der Aufwendungen für Kapitalanlagen betragen 2025 die Netto-Kapitalerträge 11,9 Mio. € (Vorjahr 12,0 Mio. €). Der Rückgang zum Vorjahr resultierte unter anderem aus höheren Abschreibungen (1,4 Mio. € nach 0,7 Mio. €). Insgesamt sind die Bruttoerträge leicht von 13,8 Mio. € auf 14,2 Mio. € gestiegen. Die Aufwendungen stiegen hingegen deutlich von 1,8 Mio. € auf 2,3 Mio. € an. Somit liegt das Kapitalanlageergebnis für das Jahr 2025 insgesamt, wie zuvor beschrieben, etwas besser als erwartet leicht unter dem Vorjahresniveau.

Steuern

Aufgrund des bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE besteht eine körperschaft- und gewerbesteuerliche Organschaft.

Steuern vom Einkommen und Ertrag resultierten aus ausländischer Quellensteuer und aus den Bestimmungen des § 36a EStG. Bei den sonstigen Steuern handelt es sich zum überwiegenden Teil um Grund- und Lohnsteuer.

Geschäftsergebnis und Ergebnisverwendung

Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit beträgt 25,5 Mio. € (Vorjahr 19,2 Mio. €). Der nach Steuern verbleibende Gewinn in Höhe von 25,4 Mio. € (Vorjahr 19,1 Mio. €) wird aufgrund des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags an die DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE abgeführt.

Umsatzrendite

Eine Kennziffer zur Steuerung des Unternehmens ist die „bereinigte Umsatzrendite“ des selbst abgeschlossenen Geschäfts. Diese ist definiert als Jahresüberschuss vor Steuern und Gewinnabführung, bereinigt um die Aufwendungen für Beitragsrückerstattung sowie die Veränderung der Schwankungsrückstellung, im Verhältnis zu den verdienten Bruttobeiträgen.

Die bereinigte Umsatzrendite liegt mit 11,4 % (Vorjahr 9,0 %) oberhalb der prognostizierten Bandbreite von 8,5 % bis 9,5 %.

Finanzlage des Unternehmens

Cashflow

Die zur Bedienung der laufenden Zahlungsverpflichtungen erforderliche Liquidität ist durch eine laufende Liquiditätsplanung, die die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung der folgenden zwölf Monate berücksichtigt, gewährleistet. Der Gesellschaft fließen durch Beitragseinnahmen, durch Kapitalanlageerträge und durch den Rückfluss von Kapitalanlagen laufend liquide Mittel zu. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit, das heißt der Mittelbedarf für das Nettoinvestitionsvolumen, betrug im Geschäftsjahr 46,0 Mio. €. Die hierfür erforderlichen Mittel wurden ausschließlich durch die laufende Geschäftstätigkeit erwirtschaftet.

Vertragsbezogene Rückstellung für Beitragsrückerstattung

In einem bestehenden Gruppenversicherungsvertrag war ein Teil der Beiträge in Höhe von 0,7 Mio. € der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zuzuführen. Diese darf nur zweckgebunden verwendet werden.

Ratings

Die Rating-Agentur Fitch hat auch im Jahr 2025 die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG bewertet und die Finanzstärke des Unternehmens unverändert mit der Note „A+“ (sehr gut) ausgezeichnet. Der Ausblick ist weiterhin „stabil“.

Vermögenslage des Unternehmens

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €	Veränderung Tsd. €
Kapitalanlagen	567.147	512.428	54.719
Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	1.087	808	279
Sonstige Forderungen	173	10.829	-10.656
Übrige Aktiva	9.376	7.048	2.328
Gesamtvermögen	577.783	531.113	46.670
Eigenkapital	60.563	60.563	-
Versicherungstechnische Rückstellungen	467.545	434.501	33.044
Andere Rückstellungen	7.548	7.724	-176
Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft	2.804	3.049	-245
Sonstige Verbindlichkeiten	36.710	22.416	14.294
Rechnungsabgrenzungsposten	2.613	2.860	-247
Gesamtkapital	577.783	531.113	46.670

Die Kapitalanlagen der Gesellschaft betragen am Ende des Geschäftsjahres 567,1 Mio. € (Vorjahr 512,4 Mio. €). In der Zusammensetzung des Kapitalanlagebestands 2025 zu Buchwerten ist der Immobilienbestand durch den Erwerb von Anteilen an Immobilienbeteiligungen zulasten des Zinsblocks stark gestiegen. Ansonsten ergaben sich keine wesentlichen materiellen Veränderungen.

Die Anpassungen der Asset Allokation mit einer stärkeren Ausrichtung in Richtung Realwerte erfolgen schrittweise, so dass sich die Bestandsstruktur nur allmählich verändert. Zugleich kann die Aktienquote im Jahresverlauf durch Marktbewegungen und aus Risikoaspekten unterjährig deutlich schwanken.

Die sonstigen Verbindlichkeiten resultieren überwiegend aus der Gewinnabführung.

Die Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen gegenüber dem Vorjahr beträgt 33,0 Mio. €.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Telefonische Erreichbarkeit

Um einen bestmöglichen Service zu bieten, haben wir uns zum Ziel gesetzt, mindestens 80 % aller eingehenden Anrufe anzunehmen. Auf Jahressicht haben wir diese Annahmequote, wie in den Vorjahren, erreicht.

Kundenzufriedenheit

Die Zufriedenheit ihrer Mitglieder, Kundinnen und Kunden ist für die DEVK strategisches Ziel. Aus diesem Grund analysiert die DEVK jährlich die Zufriedenheit und beteiligt sich hierfür an einer repräsentativen Versicherungsmarktstudie.

Diese misst die Kundenzufriedenheit von 21 Top-Versicherungsunternehmen in Deutschland und bildet sie transparent auf einem Index ab. Entwicklungen im Zeitablauf und im Mitbewerbervergleich werden hierdurch messbar und Maßnahmen können gezielt ergriffen werden.

In der Gesamtzufriedenheit verbessert sich die DEVK im Jahr 2025 um einen Platz auf den sechsten Rang im Wettbewerbervergleich. Das selbst gesteckte Ziel von 790 Punkten wurde nicht erreicht. Interne Messungen zeigen zusätzlich eine sehr hohe Mitglieder- und Kundenzufriedenheit, vor allem mit der Beratung.

Kundenzufriedenheitsindex		
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	Punkte	Punkte
Ist	776	777
Ziel	790	777

Für 2026 wurde als Zielwert 790 Punkte festgelegt.

Mitarbeitendenzufriedenheit

Die DEVK möchte für ihre Mitarbeitenden und Vermittler ein Umfeld schaffen, in dem sie bestmögliche Arbeitsergebnisse erzielen können. Deshalb sind Untersuchungen der Zufriedenheit im Innen- und Außendienst ein fester Bestandteil der Unternehmenskultur. Die DEVK befragt ihre Belegschaft regelmäßig nach ihren Einschätzungen, kommuniziert diese intern und arbeitet intensiv mit dem Feedback. Befragungen erfolgen sowohl turnusmäßig als auch bei aktuellen Anlässen. Auch die gesetzlich vorgeschriebene Beurteilung der psychischen Gefährdung der Mitarbeitenden am Arbeitsplatz erfolgt ebenfalls auf Basis einer umfangreichen Befragung. Hohe Beteiligungsquoten zeigen das aktive Interesse der Belegschaft an Partizipation.

Auf diese Weise erhält die DEVK ein sehr umfangreiches Bild in Bezug auf die Zufriedenheit ihrer Belegschaft. Hierzu gehört auch die transparente Abbildung der Zufriedenheit im Innen- und Außendienst auf Basis eines Index, der die Gesamtzufriedenheit, die Bindung und die Weiterempfehlungsbereitschaft widerspiegelt. Hier übertraf die DEVK im Jahr 2025 ihr selbst gestecktes Ziel sowie die Ergebnisse der beiden Vorjahre.

Mitarbeiterzufriedenheitsindex		
	Geschäftsjahr	Vorjahr
	Punkte	Punkte
Ist	740	714
Ziel	720	733

Für 2026 wurden 745 Punkte als Zielwert festgelegt.

Gesamtaussage zum Wirtschaftsbericht

Das Geschäftsjahr 2025 war durch die anhaltende Konjunkturschwäche in Deutschland geprägt. Insgesamt wurde dennoch erneut ein versicherungstechnischer Gewinn erzielt. Das versicherungstechnische Ergebnis liegt mit 16,5 Mio. € oberhalb des Vorjahreswertes (8,9 Mio. €). Unter Berücksichtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG wirtschaftlich weiterhin solide aufgestellt.

Das Kapitalanlageergebnis wurde 2025 durch stark steigende Aktienmärkte und ein weiterhin hohes Zinsniveau beeinflusst.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognose- und Chancenbericht

Die ersten Monate des neuen Jahres sind weiterhin durch eine angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt und vermehrte Schadenfälle in diesem Rechtsgebiet geprägt. Zusätzlich wirkt sich die Anhebung der Anwalts- und Gerichtsgebühren aus, die das zum 1. Juni 2025 in Kraft getretene Kostenrechtsänderungsgesetz mit sich bringt.

Für 2026 erwarten wir einen Bestand auf Vorjahresniveau sowie ein Beitragswachstum von 2,0 % bis 4,0 %.

Wir erwarten für das Geschäftsjahr 2026 eine Combined Ratio inkl. Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrück- erstattung in der Bandbreite von 92,0 % bis 94,0 %.

Wir als DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG verfolgen die Strategie: Unterstützung für Versicherte sowie Nichtversicherte in ihren Rechtsangelegenheiten zu leisten. Dies setzen wir durch unsere angebotenen Produkte um.

Unsere Service-Angebote werden von unseren Kundinnen und Kunden sehr gut angenommen und positiv bewertet, wie uns eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Service-Qualität mit dem Prädikat „sehr gut“ in Gesamtbewertung bescheinigt. Somit freuen wir uns, wiederholt als einer der führenden Rechtsschutzversicherer Deutschlands im Bereich Leistung ausgezeichnet worden zu sein.

Auch in der Studie des Analysehauses ServiceValue und der Zeitschrift „Focus Money“ wurden wir in allen Einzelkategorien (Tarifleistung, Kundenberatung, Kundenservice, Kundenkommunikation und Preis-Leistungs-Verhältnis) mit dem Prädikat „sehr gut“ bewertet. Wir sind damit erneut als einer der fairsten Rechtsschutzversicherer Deutschlands ausgezeichnet worden.

Wir sind zuversichtlich, unsere Kundinnen und Kunden weiterhin durch maßgeschneiderte Lösungen zu überzeugen. Im Leistungsfall unterstützen wir mit einem umfassenden Serviceangebot, wodurch lange Rechtsstreitigkeiten vermieden werden können. Damit leisten wir einen wesentlichen Beitrag für das positive Kundenerlebnis der Gesamtmarke DEVK. Besonders hervorzuheben ist, dass wir etliche Freemium-Leistungen anbieten.

Durch die stetige Optimierung unserer Prozesse sorgen wir dafür, dass unser Geschäft effektiv und effizient verarbeitet wird.

Im Zusammenspiel von konkurrenzfähigen Produkten, einem umfangreichen Service, unserer flächendeckenden Vertriebsstruktur sowie unseren digitalen Aktivitäten sehen wir uns daher gut aufgestellt.

Der Verkehrsmarkt ist auch im Jahr 2026 für die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG ein wichtiger Partner.

Aktuell wird erwartet, dass die Konjunktur in Deutschland, getrieben von Fiskalimpulsen im Bereich Rüstung und Infrastruktur, im Jahr 2026 leicht anzieht. Es wird mit einem Wachstum von circa 1,0 % gerechnet. Das konjunkturelle Umfeld der Eurozone wird vorerst weiterhin vom schwächelnden Außenhandel gehemmt. Perspektivisch sollten jedoch die abgeschlossenen Freihandelsabkommen mit Indien und dem Mercosur mittelfristig zu einer deutlichen Stärkung des Außenhandels beitragen. Die US-Konjunktur dürfte weiterhin vom KI-Boom profitieren. Insgesamt wird erwartet, dass sich die globale Konjunktur 2026 im Vergleich zum Vorjahr abkühlt und das weltweite Wirtschaftswachstum von 3,2 % auf 3,0 % fällt.

Nach aktueller Einschätzung der meisten Kapitalmarktteilnehmer wird erwartet, dass die EZB den Einlagenzins im Jahr 2026 zunächst bei 2,0 % belassen wird. Für die Fed werden in 2026 zwei Zinssenkungsschritte auf eine Spanne von 3,00 % bis 3,25 % am Markt eingepreist. Die geldpolitische Unterstützung der Aktien- und Rentenmärkte durch die Zentralbanken wird langsam auslaufen, da das Zinssenkungspotential in beiden Fällen nahezu erschöpft ist. Die zunehmenden Investitionen in Militär und Infrastruktur dürften im Jahr 2026 eine positive Wirkung auf die Konjunktur entfalten, auch unverändert hohe Risikoaufschläge auf europäische Staatsanleihen sollten spürbar werden. Die Risikoaufschläge auf Unternehmensanleihen könnten konjunkturell bedingt ansteigen und Zinsstrukturkurven tendenziell steiler werden.

Für die Neuanlage im Zinsbereich stellt diese Entwicklung eine gute Ausgangsbasis dar. Die erreichbare Rendite erwarten wir bei deutlich über 3,0 %. Die Refinanzierungen, zum Beispiel im Rahmen von Immobilienfonds, sollten sich im Vergleich zu den Vorjahren verbessern, da in der Regel kurze Laufzeiten bzw. variable Konditionen gewählt werden. Das Erholungspotential im Immobilienbereich bewerten wir derzeit als vergleichsweise gering. Die wirtschaftliche Unsicherheit der Investoren begrenzt die Nachfrage. Das Umfeld für Exits im Bereich Private Equity halten wir für weiterhin schwierig. Da unser Portfolio über Regionen, Sektoren und Laufzeiten gut diversifiziert ist, erwarten wir zunächst keine nennenswerten Auswirkungen. Die Aktienmarktperformance wird 2026 stark davon abhängig sein, ob die Unternehmen tatsächlich Gewinnsteigerungen realisieren können. Angesichts der beschriebenen Rahmenbedingungen erscheint dies schwierig. Eine Aktienmarktkorrektur könnte einen guten Einstiegszeitpunkt für Zukäufe darstellen.

Für die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG erwarten wir im Bereich der Kapitalanlagen im Jahr 2026 einen moderat steigenden Kapitalanlagebestand sowie ein absolutes Ergebnis moderat über Vorjahresniveau. Insgesamt erwartet die Gesellschaft einen leichten Rückgang der Nettoverzinsung.

Aus der normalen Geschäftstätigkeit erwarten wir ein Ergebnis in der Größenordnung von 26,0 Mio. € bis 28,0 Mio. €.

Auf dieser Basis rechnen wir mit einer „bereinigten Umsatzrendite“ des selbst abgeschlossenen Geschäfts in Höhe von 11,5 % bis 12,5 %.

Im Geschäftsjahr 2026 strebt die DEVK eine weitere Verbesserung der Kundenzufriedenheit an. Der zur Messung verwendete Index soll von 776 Punkten (Istwert 2025) auf 790 Punkte gesteigert werden.

Bezüglich der Mitarbeitendenzufriedenheit hat sich die DEVK einen Indexwert von 745 Punkten als Ziel gesetzt. Das Ziel für 2026 liegt damit 5 Punkte über dem Istwert 2025.

Risikobericht

Gemäß § 289 Abs. 1 HGB und den Anforderungen des § 26 VAG in Verbindung mit den Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen (MaGo) wird an dieser Stelle über die Risiken der künftigen Entwicklung berichtet.

Risikomanagementsystem

Der Vorstand eines Versicherungsunternehmens ist nach § 26 Abs. 1 VAG für die Einrichtung eines angemessenen Risikomanagements verantwortlich. Die Grundlagen des Risikomanagements sowie die Aufgaben und Verantwortlichkeiten sind innerhalb der DEVK in der Risikostrategie sowie den Solvency II-Leitlinien zum Risikomanagement geregelt.

Die Risikomanagementfunktion und das zugehörige Risikomanagementsystem wurden gemäß den Solvency II-Anforderungen ausgerichtet. Die Risikomanagementfunktion wurde als Schlüsselfunktion in einer zentralen Einheit etabliert. Unterstützt wird die Risikomanagementfunktion durch dezentrale Risikomanagementeinheiten, wie z. B. Rückversicherung und Kapitalanlagen. Hierzu findet ein regelmäßiger Austausch, nicht zuletzt durch die dezentrale Risikorunde bzw. das Risikokomitee, statt. Das Risikomanagementsystem verfügt somit sowohl über eine zentral organisierte Einheit, deren Aufgabe es ist, das Risikomanagement übergreifend über alle Risikokategorien sicherzustellen, als auch über dezentrale Risikomanagementeinheiten, die mit ihrem Spezialwissen die Risikosituation betrachten. Die operative Risikoverantwortung der Fachbereiche sowie die Verantwortung des Vorstands bleiben hiervon unberührt. Die Risikomanagementfunktion verantwortet die Methoden und Verfahren des Risikomanagements und ist für die konzeptionelle Entwicklung und Pflege des unternehmensweiten Risikomanagementsystems zuständig. Sie übernimmt die Koordinationsfunktion und unterstützt die Risikoverantwortlichen in den Fachbereichen.

Kernelemente zur Steuerung der Risiken der DEVK sind das Risikotragfähigkeitskonzept und das Limitsystem. Das Risikotragfähigkeitskonzept stellt eine ausreichende Hinterlegung von Eigenmitteln für alle wesentlichen Risiken sicher. Es dient dazu, den Risikoappetit des Unternehmens abzubilden und zu operationalisieren. Dafür werden für die wesentlichen Risiken („Marktrisiko“, „versicherungstechnisches Risiko“ und „Ausfallrisiko“) Grenzwerte bestimmt, um die Zielbedeckungsquote der Unternehmen für ein vordefiniertes Sicherheitsniveau sicherzustellen. Dadurch werden den genannten Risiken jährlich neue Maximalgrenzen für das jeweilige Risikokapital zugeordnet.

Zur Operationalisierung der Risikosteuerung wird innerhalb der DEVK ein Limitsystem als Überwachungssystem zur frühzeitigen Risikoidentifikation und -bewertung eingesetzt. Die Limitauslastung wird in Form von Risikokennzahlen dargestellt.

Zusätzlich wird halbjährlich eine umfassende Risikoinventur durchgeführt. Die Risiken werden strukturiert mit Hilfe einer Softwarelösung erhoben und nach Risikokategorien unterteilt. Die Risiken werden soweit möglich quantifiziert. Die zur Risikosteuerung notwendigen Maßnahmen werden erfasst. Zudem werden Risiken ad hoc betrachtet, sofern sie wesentlich sind.

Mit Hilfe von Risikotragfähigkeitskonzept, Limitsystem und Risikoinventur kann unmittelbar und angemessen auf Entwicklungen reagiert werden, die für die DEVK ein Risiko darstellen. Wirksamkeit und Angemessenheit werden durch die Interne Revision überwacht.

Die Risikolage der Einzelunternehmen und des Konzerns wird quartalsweise anhand des Risikoberichts in der dezentralen Risikorunde sowie im Risikokomitee erörtert. Hierbei werden die als wesentlich identifizierten Risiken, die Limitauslastungen und die aktuellen Risikotreiber berücksichtigt. Anschließend wird der Risikobericht den jeweils verantwortlichen Vorstandsmitgliedern im Rahmen einer Vorstandsvorlage vorgelegt.

Versicherungstechnische Risiken

Aufgrund des gezeichneten Geschäfts setzt sich das versicherungstechnische Risiko der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG aus den Risiken Prämien-, Reserve- und Stornorisiko zusammen. Bei der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG stellt das Prämien- und Reserverisiko das größte versicherungstechnische Risiko dar.

Dadurch, dass der Eintrittszeitpunkt, die Häufigkeit und die Höhe zukünftiger Schäden unbekannt sind, ist das Unternehmen dem Risiko von Schwankungen des jährlichen Schadenaufwands ausgesetzt. Dieses Risiko wird als Prämienrisiko bezeichnet.

Das Versicherungsunternehmen bildet Rückstellungen für die in der Vergangenheit eingetretenen Schäden. Da die Auszahlungszeitpunkte und die endgültige Höhe dieser Schäden in der Regel unbekannt sind, besteht für das Versicherungsunternehmen das Risiko, dass die gebildeten Rückstellungen nicht ausreichen. Dieses Risiko wird Reserverisiko genannt.

Das Stornorisiko besteht darin, dass ein unerwartet hoher Anteil an Verträgen, die mit einem Gewinn in der Prognose enthalten sind, von Versicherungsnehmern gekündigt werden.

Die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG betreibt das Rechtsschutzversicherungsgeschäft für überwiegend private Versicherungsnehmer und wendet die Standardformel mit Ausnahme für das Prämien- und Reserverisiko an. Die Solvenzkapitalanforderungen werden dabei unter Verwendung des Value at Risk der Basiseigenmittel zu einem Konfidenzniveau von 99,5 % über ein Jahr kalibriert.

Das Standardgeschäft der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG bedarf aufgrund seiner homogenen Struktur keiner Rückversicherung als Risikominderungsmaßnahme im versicherungstechnischen Risiko.

Als versicherungstechnische Risiken sind demnach insbesondere das Prämienrisiko, Schadenrisiko und das Reserverisiko zu nennen. Diese werden mittels Standardformel unter Berücksichtigung von unternehmensspezifischen Parametern ermittelt.

Hierzu betrachten wir zunächst die Entwicklung der bilanziellen Schadenquote in den letzten zehn Jahren.

Bilanzielle Schadenquote			
Jahr	in %	Jahr	in %
2016	79,6	2021	75,4
2017	79,6	2022	73,4
2018	75,8	2023	72,1
2019	72,5	2024	70,4
2020	74,4	2025	66,6

Im Geschäftsjahr 2025 war eine weitere Verbesserung der bilanziellen Schadenquote f. e. R. zu verzeichnen.

Mit Hilfe unserer Planungs- und Steuerungsinstrumente können wir unerwünschte und gefährliche Vertriebs-, Bestands- und Schadenentwicklungen frühzeitig erkennen und diesen entgegenwirken.

Unsere versicherungstechnischen Rückstellungen bemessen wir auskömmlich durch vorsichtige Bewertung der bereits gemeldeten Schäden, durch zusätzliche Rückstellungen für statistisch zu erwartende, aber am Bilanzstichtag noch unbekannte Schäden, für solche Schäden, die nach dem Bilanzstichtag wiedereröffnet werden müssen und für die Stornierung von Verträgen, die nachträglich erfolgt. Dem Reserverisiko wird damit angemessen Rechnung getragen. Nachfolgend die Abwicklungsergebnisse der letzten zehn Jahre.

Abwicklungsergebnis in % der Eingangsrückstellung			
Jahr	in %	Jahr	in %
2016	-0,1	2021	1,1
2017	-0,1	2022	2,8
2018	1,0	2023	5,0
2019	2,4	2024	5,6
2020	1,9	2025	7,3

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Die Risiken aus dem Ausfall ergeben sich aus Forderungen gegenüber Versicherungsnehmerinnen und Versicherungsnehmern sowie Versicherungsvermittlerinnen und Versicherungsvermittlern.

Unsere fälligen Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft betragen im Beobachtungszeitraum der letzten drei Jahre durchschnittlich 0,8 Mio. €. Von diesen Forderungen sind im Mittel 14,3 % ausgefallen. Bezogen auf die durchschnittlich gebuchten Bruttobeiträge (207,7 Mio. €) belief sich die Ausfallquote der letzten drei Jahre auf 0,05 %. Das Ausfallrisiko ist daher für unser Unternehmen von untergeordneter Bedeutung.

Zum Bilanzstichtag bestehen Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft mit einem Fälligkeitszeitpunkt älter als 90 Tagen in Höhe von 0,4 Mio. €.

Kapitalanlagerisiken

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen:

- das Risiko ungünstiger Marktpreisentwicklungen, insbesondere Zins-, Aktien-, Immobilien- oder Wechselkursrisiken,
- das Risiko von Adressenausfällen (Bonitätsrisiko),
- das Risiko stark korrelierender Risiken, die das Ausfallrisiko erhöhen (Konzentrationsrisiko),
- das Liquiditätsrisiko, also das Risiko, Zahlungsverpflichtungen nicht jederzeit nachkommen zu können
- geopolitische Risiken und damit verbundene wirtschaftliche Auswirkungen.

Der interne Anlagekatalog gibt die maßgeblichen Rahmenbedingungen für unsere Anlagepolitik vor. Die Strategische Asset Allokation konkretisiert die Anlagepolitik der DEVK. Seit 2020 beinhaltet die Strategische Asset Allokation eine eigene Assetklasse für Alternative Investments (Infrastruktur und Sonstiges). Durch den geplanten weiteren Ausbau von nicht unmittelbar zinsabhängigen Kapitalanlagen infolge der Anpassung der Strategischen Asset Allokation steigen mittelfristig die potenziellen Wertschwankungen und sinkt teilweise die kurzfristige Handelbarkeit der Kapitalanlagen. Der geplante Ausbau von Realwerten im Portfolio erhöht mittelfristig somit das Risikoniveau der Kapitalanlagen.

Kurs- und Zinsrisiken wird weiterhin durch eine ausgewogene Mischung der Anlagearten begegnet. Darüber hinaus beschränken wir das Bonitätsrisiko bzw. das Konzentrationsrisiko durch sehr strenge Rating-Anforderungen und ständige Überprüfung der von uns gewählten Emittenten, sodass keine existenzgefährdenden Abhängigkeiten von einzelnen Schuldnern bestehen. Durch einen fortlaufenden ALM-Prozess (Asset-Liability-Management) wird die jederzeitige Erfüllung der bestehenden und zukünftigen Verpflichtungen sichergestellt.

Dem Liquiditätsrisiko wird durch die regelmäßige Ermittlung der Auslastung der Liquiditätsklassen im Rahmen des Risikomanagementprozesses begegnet. Diese Kennzahl fließt ins Limitsystem ein. Zusätzlich werden Liquiditätsstresse auf die Liquiditätsplanung des Unternehmens unterstellt, um adversen Ereignissen am Kapitalmarkt oder der Passivseite Rechnung zu tragen. Zudem werden anlassbezogene Sensitivitätsberechnungen durchgeführt.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2025 haben wir einen eigenen Kapitalanlagestresstest durchgeführt. Dieser überprüft, ob das Versicherungsunternehmen trotz einer eintretenden, anhaltenden Krisensituation auf den Kapitalmärkten in der Lage ist, die gegenüber den Kundinnen und Kunden eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Kapitalanlagestresstest simuliert eine kurzfristige, adverse Kapitalmarktveränderung und betrachtet die bilanziellen Auswirkungen für das Versicherungsunternehmen. Zielhorizont ist der nächste Bilanzstichtag. Es wird insbesondere eine negative Entwicklung auf dem Aktienmarkt bei gleichbleibendem Rentenmarkt, ein gleichzeitiger „Crash“ auf dem Aktien- und Rentenmarkt sowie auf dem Aktien- und Immobilienmarkt unterstellt.

Liquiditätsrisiken werden anhand einer detaillierten mehrjährigen Kapitalanlageplanung gesteuert. Sollte sich zukünftig eine Liquiditätsunterdeckung ergeben, kann frühzeitig gegengesteuert werden. Darüber hinaus werden die Kapitalanlagen in verschiedene Liquiditätsklassen eingeteilt. Vorgegebene Grenzwerte in Relation zum Kapitalanlagebestand dürfen dabei nicht unterschritten werden. Die Einhaltung der Grenzen wird regelmäßig überprüft.

Zur Absicherung von Kapitalanlagerisiken bestehen Ende 2025 die folgenden Maßnahmen:

- Flexible Steuerung der Investitionsquote im Spezialfonds z. B. über Indexfutures sowie teilweise die Implementierung von Wertuntergrenzen
- Währungskongruente Refinanzierungen im Bereich der indirekten Immobilieninvestments
- Anpassung von Aktienrisiken über Optionsgeschäfte.

Zinsblock

Per 31. Dezember 2025 beläuft sich die Summe der Zinsanlagen auf 404,2 Mio. €. Zum Stichtag besteht eine negative Bewertungsreserve in Höhe von 40,2 Mio. € (im Vorjahr minus 33,3 Mio. €). Insgesamt sind 259,0 Mio. € als Inhaberpapiere (inkl. der reinen Rentenfonds) bei Zinsanstiegen abschreibungsgefährdet. Hiervon ist gemäß § 341 Abs. 2 HGB ein Volumen von 259,0 Mio. € dem Anlagevermögen gewidmet, da die Absicht besteht, diese Papiere bis zur Endfälligkeit zu halten. Zudem werden Kursschwankungen als vorübergehend eingeschätzt und es liegen keine Anhaltspunkte für Bonitätsverschlechterungen vor. Zinstitel im Anlagevermögen weisen eine negative Bewertungsreserve in Höhe von 19,7 Mio. € aus. Darin sind stille Lasten in Höhe von 20,6 Mio. € (Vorjahr 17,8 Mio. €) sowie stille Reserven in Höhe von 0,9 Mio. € (Vorjahr 1,5 Mio. €) enthalten. Die Auswirkung einer Renditeverschiebung um +/- 1 %-Punkt bedeutet eine Wertveränderung von -25,4 Mio. € bzw. 28,4 Mio. €.

Die Angabe der Auswirkung eines Zinsanstiegs um einen Prozentpunkt gibt nur ansatzweise einen Hinweis auf den Einfluss auf unsere Ertragssituation. Grund dafür ist, dass sich innerhalb eines Jahres durch Restlaufzeitverkürzung der einzelnen Wertpapiere Marktwertveränderungen und Veränderungen der Zinssensitivität ergeben. Weiterhin ist der überwiegende Teil unserer Zinsanlagen in – dem Anlagevermögen gewidmeten – Inhaberschuldverschreibungen oder zum Nennwert bilanzierten Anleihen investiert. Hier führt ein Anstieg des Marktzinses aufgrund der Bilanzierungsvorschriften nicht zu Abschreibungen. Weisen die Wertpapiere noch stille Reserven aus, würden diese zunächst abgebaut. Ausnahme hiervon sind Wertverluste aufgrund von Bonitätsverschlechterungen, die sich bei den jeweiligen Emittenten ergeben könnten. Diese würden sich unter anderem in einer kurzfristigen Ausweitung der Risikozuschläge verdeutlichen. Diese bewegten sich im Jahr 2025 jedoch weitestgehend seitlich. Ansteigende Risikozuschläge infolge von Bonitätsverschlechterungen in einer wirtschaftlichen Abschwächung, einer länger anhaltenden Rezession oder einer Aktienmarktkorrektur halten wir 2026 für möglich.

Unsere Zinsanlagen erfolgen überwiegend in Pfandbriefen und Bankschuldverschreibungen. Darüber hinaus wurde auch in Unternehmensanleihen investiert. Der Schwerpunkt der Rentenueuanlage lag im Jahr 2025 in nationalen und internationalen Inhaberschuldverschreibungen von Unternehmen und Banken. Bei den Rentenanlagen insgesamt handelt es sich im Wesentlichen um Inhaberpapiere, die dem Anlagevermögen gewidmet sind sowie um Namenspapiere.

In einem niedrigen Umfang werden Anleihen von den europäischen Peripherieländern Italien, Irland und Spanien gehalten. Anleihen von Emittenten aus Russland und der Ukraine sind nicht im Direktbestand oder in durchgeschauten Spezialfonds vorhanden.

Hinsichtlich der Emittentenrisiken ist die Gesellschaft zu 4,5 % in Staatspapieren, 32,1 % in Unternehmensanleihen und 33,4 % in Wertpapieren und Anlagen von Kreditinstituten und anderen Finanzdienstleistern im Verhältnis zu den gesamten Kapitalanlagen investiert. Investitionen bei Kreditinstituten unterliegen größtenteils den verschiedenen gesetzlichen und privaten Einlagensicherungssystemen oder es handelt sich um Zinspapiere mit besonderen Deckungsmitteln kraft Gesetzes. Der Anteil der Baufinanzierungen liegt bei 0,5 % der gesamten Kapitalanlagen

Unsere Zinsanlagen weisen folgende Ratingverteilung auf:

Ratingverteilung		
	Geschäftsjahr	Vorjahr
AA- und besser	44,3 %	45,3 %
A- bis A+	36,5 %	35,6 %
BBB- bis BBB+	18,8 %	18,6 %
BB+ und schlechter	0,5 %	0,5 %

Die Ratingverteilung der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht von „AA- und besser“ in Richtung „BBB- bis BBB+“ verschoben. Insgesamt hat sich dadurch die Risikolage nicht wesentlich verändert. In der Neu- und Wiederanlage investieren wir nahezu ausschließlich in Zinspapiere mit hoher Bonität.

Aktienanlagen

Unsere Aktienanlagen sind schwerpunktmäßig am DAX und am EuroStoxx50 ausgerichtet, so dass die Veränderung dieser Indizes auch die Wertänderung unseres Portfolios relativ genau abbildet. Bei einer Marktverän-

derung von 20 % verändert sich der Wert unseres Aktienportfolios um 7,5 Mio. €. Beide Referenzindizes haben 2025 eine starke Wertentwicklung vollzogen. Mittelfristig erwarten wir eine positive Entwicklung, allerdings unter zum Teil hohen Volatilitäten.

Insgesamt liegt die effektive Aktienquote zum Jahresende unterhalb des Niveaus vom Jahresanfang. Sollten sich zukünftig aufgrund veränderter wirtschaftlicher oder geopolitischer Rahmenbedingungen Risiken ergeben, kann die Aktienquote angepasst werden.

Dem Anlagevermögen gewidmete Aktien bzw. Aktienfonds in Höhe von 26,1 Mio. € weisen eine Bewertungsreserve in Höhe von 4,5 Mio. € (Vorjahr 2,2 Mio. €) aus. Darin sind keine stille Lasten (Vorjahr 73,1 Tsd. €) enthalten.

Immobilien

Am Bilanzstichtag waren 61,4 Mio. € in Liegenschaften investiert. Davon sind 13,1 Mio. € über Immobilienfonds und 43,8 Mio. € über Grundstücksbeteiligungen angelegt. Auf den Direktbestand der Immobilien in Höhe von 4,5 Mio. € erfolgten planmäßige Abschreibungen in einem Volumen von 75,8 Tsd. €. Die Bewertungsreserven auf Immobilienfonds im Anlagevermögen liegen bei 1,7 Mio. €, stille Lasten liegen keine vor. Abgesehen vom Inflationsrisiko, das über eine Indexierung der Mietverträge begrenzt wird, liegen im direkten Immobilienbestand keine besonderen Risiken vor. Auf Immobilienfondsebene sehen wir keine außergewöhnlichen Risiken bezüglich Vermietung und Qualität der Immobilien. Wir erwarten, dass sich die ersten Werterholungen in 2025 auch in 2026 auf niedrigem Niveau fortsetzen. Neben dem allgemeinen Immobilienrisiko besteht teilweise noch ein Währungsrisiko, das zum Teil über währungskongruente Finanzierung und Devisentermingeschäfte abgesichert wird. Risiken aus einem möglichen Abschwung am Immobilienmarkt werden durch vorhandene stille Reserven, Diversifizierung und möglichst langfristige, indexierte Mietverträge begrenzt.

Alternative Investments

Basierend auf unserer Strategischen Asset Allokation soll die Assetklasse Alternative Investments weiter ausgebaut werden. Der Bestand an Alternativen Investments (ohne Private Equity) verteilt sich auf Investitionen in Infrastruktur (85 %) und Sonstiges (15 %). Das Volumen liegt zum 31. Dezember 2025 bei 16,4 Mio. € (Vorjahr 13,1 Mio. €). Dies entspricht 2,9 % (Vorjahr 2,6 %) der gesamten Kapitalanlagen zu Buchwerten. Im Geschäftsjahr 2025 sind wie im Vorjahr keine Zu- und Abschreibungen entstanden.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken entstehen aus unzulänglichen oder fehlgeschlagenen betrieblichen Abläufen, dem Versagen technischer Systeme, menschlichem Fehlverhalten oder externen Ereignissen. Rechtsrisiken und Compliance-Risiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Darüber hinaus stellen die Risiken der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT-Risiken) einen maßgeblichen Bestandteil der operationellen Risiken dar.

Das Management der operationellen Risiken erfolgt durch eine sorgfältige Ausgestaltung des Internen Kontrollsystems. Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der betrieblichen Abläufe sind risikoorientierte Kontrollen eingerichtet. Deren Funktionsfähigkeit wird laufend überwacht, etwaige Kontrollschwächen werden beurteilt und gegebenenfalls beseitigt. Im Rahmen des Internen Kontrollsystem-Prozesses erfolgt eine klare Zuweisung von Zuständigkeiten für die regelmäßige Ermittlung, Dokumentation und Überwachung relevanter Risikoexponierungen.

Operationelle Risiken werden schwerpunktmäßig in der halbjährlichen Risikoinventur sowie laufend in der Prozessdokumentation erfasst und beschrieben.

Die Unterstützung der Geschäftsprozesse durch den IT-Betrieb bringt eine Vielzahl operationeller Risiken mit sich. Die Sicherheit der Programme, der Datenhaltung und des laufenden Betriebs wird durch umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen in den Rechenzentren der Drittanbieter (Cloud) gewährleistet. Die IT-Infrastruktur der DEVK ist redundant ausgelegt. Die beiden Rechenzentren sind über zwei getrennte Glasfaserleitungen miteinander verbunden. Im Rahmen der Cloud-Strategie werden zunehmend Systeme in der Cloud betrieben.

Seit Januar 2025 gilt die DORA-Verordnung, die der Sicherstellung der digitalen operationalen Resilienz im Finanzsektor dient. Die DEVK verankerte Anforderungen und Vorgaben an ihre Governance und Prozesse in einer DOR-Strategie. Die DORA hat maßgeblichen Einfluss auf die Betrachtung von Risiken in der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT-Risiken) im Risikomanagementrahmen des Unternehmens. Hierzu werden bestehende Prozesse und Methoden (z. B. Risikoinventur oder Limitsystem) genutzt, um eine effiziente Steuerung der Risiken sicherzustellen. Dies schließt auch die IKT-Drittparteirisiken ein.

Künstliche Intelligenz (KI) bietet der DEVK Chancen, innovative Lösungen zu entwickeln und effizientere Prozesse zu gestalten, um Bedürfnissen ihrer Kundinnen und Kunden gerecht zu werden. Das Risikomanagement stellt im Einklang mit dem „EU AI Act“ sicher, dass potenzielle Gefahren und Schwachstellen in allen Phasen des Lebenszyklus eines KI-Systems systematisch identifiziert, bewertet und beherrscht werden. Die mit dem Einsatz von KI-Systemen verbundenen Risiken werden im Rahmen des Risikomanagementprozesses gesteuert. Dies gewährleistet, dass KI-spezifische Risiken im Kontext der gesamten Unternehmensrisiken angemessen adressiert werden.

Die Informationssicherheits-Strategie der DEVK verfolgt die Sicherheitsziele Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit von Daten, Anwendungen und der IT-Infrastruktur. Zentrale Elemente des Informationssicherheits-Managements der DEVK sind das Informationssicherheits-Board und der Informationssicherheits-Beauftragte. Das Informationssicherheits-Board dient der strategischen Steuerung der Informationssicherheit der DEVK-Gruppe und der Vorbereitung sicherheitsrelevanter Entscheidungsvorlagen für den Vorstand. Der Informationssicherheits-Beauftragte steuert den Informationssicherheits-Prozess. Um ein gleichmäßiges und angemessenes Sicherheitsniveau zu erreichen, werden die Sicherheitsmaßnahmen am Schutzbedarf und den Bedrohungen ausgerichtet. Die DEVK strebt den Erhalt im Hinblick auf das Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (IT-Sicherheitsgesetz) für den IT-Betrieb und die Zertifizierungsreife nach ISO27001 auf Basis des IT-Grundschutzes nach Standard des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik an.

Das Notfallmanagement (Business Continuity Management) ist Bestandteil des Internen Kontrollsystems. Es gewährleistet, dass die DEVK bei Unterbrechungen zeitkritischer Aktivitäten ihren Geschäftsbetrieb auf einem festgelegten Mindestniveau (Notbetrieb) fortsetzen und schnellstmöglich eine Wiederherstellung des Normalbetriebs erreichen kann. Zentraler Bestandteil des Notfallmanagements ist die Identifizierung der zeit- und geschäftskritischen Aktivitäten einschließlich der erforderlichen Ressourcen. Maßgeblich hierfür sind die als kritisch oder wichtig definierten Tätigkeiten. Szenariospezifisch bestehen Notfallpläne, die einen definierten Notbetrieb gewährleisten und eine schnelle Rückkehr zum Normalbetrieb ermöglichen. Notfallübungen dienen der Überprüfung der getroffenen Maßnahmen.

Der IT-Service Continuity Plan wird regelmäßig getestet, um eine effektive Wiederherstellung der IT-Systeme sicherzustellen.

Operationelle Risiken entstehen nicht nur durch technische Störungen oder externe Einflüsse, sondern in erheblichem Maße auch durch personelle Abhängigkeiten und menschliches Fehlverhalten. Das Management von Kopfmonopolen und Schlüsselpositionen ist grundsätzlich Bestandteil der Personalstrategie der DEVK-Gruppe. Im Rahmen der Personalplanung werden Kopfmonopole und Schlüsselpositionen regelmäßig erhoben. Zur Vermeidung von Kopfmonopolen wird Wissen auf mehrere Mitarbeitende verteilt und durch Dokumentationen abgesichert.

Dem demografischen Risiko begegnet die DEVK-Gruppe mit Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitgeberattraktivität. Hierzu zählen verstärktes Personalmarketing und flexible Arbeitszeitmodelle zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ein aktives Gesundheitsmanagement wirkt dem Krankheitsrisiko der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entgegen.

Rechtliche Risiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Rechtsänderungsrisiken bezeichnen Risiken aus Änderungen des Rechtsumfelds einschließlich aufsichtsrechtlicher Anforderungen. Zu den Folgen aus Compliance-Risiken gehören rechtliche oder aufsichtsrechtliche Sanktionen und wesentliche finanzielle Verluste, die aus der Nichteinhaltung externer Anforderungen oder interner Vorgaben resultieren. Die DEVK hat ein Compliance-Management-System etabliert, das die Einhaltung dieser Anforderungen und interner Vorgaben gewährleistet.

Solvency II

Die DEVK Rechtsschutzversicherungs-AG erfüllte im Jahr 2025 sämtliche Berichtspflichten gegenüber der Aufsicht bzw. der Öffentlichkeit, wie den Geschäftsbericht, den Bericht über die Solvabilität und Finanzlage, den Regular Supervisory Report (als Änderungsbericht) sowie den Bericht zur unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung.

Die DEVK Rechtsschutzversicherungs-AG berechnet die Solvenzkapitalanforderung (SCR) anhand der Standardformel mit Unternehmensspezifischen Parametern (USP). Das SCR setzt sich aus verschiedenen Risikokategorien zusammen (versicherungstechnisches Risiko, Markt-, Ausfall- und operationelles Risiko). Die Summe aller Risiken stellt das Gesamtrisiko und somit das Risikoprofil dar. Die etwaigen Risikominderungsmaßnahmen, wie beispielsweise Hedgingmaßnahmen, sind im Gesamtrisiko verrechnet.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen nach Solvency II werden erfüllt.

Projektionsrechnungen im Rahmen des letzten ORSA-Prozesses per 31. Dezember 2024 zeigen, dass aus Sicht der Gesellschaft eine ausreichende Bedeckung des Risikokapitals auch in Zukunft sichergestellt ist.

Insgesamt ist zurzeit keine Entwicklung erkennbar, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führt und damit den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnte.



Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2025

Aktivseite	€	€	€	Vorjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1.907.330		732
II. geleistete Anzahlungen		845.522		679
			2.752.852	1.411
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		4.531.796		4.602
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	93.110.680			50.276
2. Beteiligungen	-			9.587
		93.110.680		59.863
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	69.967.028			57.328
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	254.293.452			229.889
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	2.822.580			2.822
4. Sonstige Ausleihungen	142.421.664			155.423
5. Andere Kapitalanlagen	-			2.500
		469.504.724		447.962
			567.147.200	512.428
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	591.429			550
2. Versicherungsvermittler	495.159			258
		1.086.588		808
II. Sonstige Forderungen		172.602		10.829
davon:				
an verbundene Unternehmen: - €			1.259.190	11.638
				10.669
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		1.646.141		1.305
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		6.193		6
			1.652.334	1.311
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		4.969.111		4.324
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		1.980		2
			4.971.091	4.325
Summe der Aktiva			577.782.667	531.113

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Sicherungsvermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Passivseite			
	€	€	€ Vorjahr Tsd. €
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		21.000.000	21.000
II. Kapitalrücklage		37.285.378	37.285
III. Gewinnrücklagen			
1. gesetzliche Rücklage	306.775		307
2. andere Gewinnrücklagen	1.971.306		1.971
		<u>2.278.081</u>	2.278
		60.563.459	60.563
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		461.383.260	428.996
II. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		6.001.806	5.346
III. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen		<u>160.071</u>	158
		467.545.137	434.501
C. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		7.297.197	7.468
II. Sonstige Rückstellungen		<u>250.952</u>	256
		7.548.149	7.724
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber			
- Versicherungsnehmern		2.804.262	3.049
II. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>36.710.217</u>	22.416
davon:			25.465
aus Steuern: 3.158.438 €			2.996
gegenüber verbundenen Unternehmen: 33.152.703 €			19.059
		39.514.479	
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
		2.611.443	2.860
Summe der Passiva		577.782.667	531.113

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2025

Posten	€	€	€	€ Vorjahr Tsd. €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge				
- Gebuchte Bruttobeiträge			228.833.274	217.165
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge			80.103	352
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle		120.055.769		113.443
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		<u>32.387.061</u>		39.387
			152.442.830	152.830
4. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			-1.634	-15
5. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen			655.609	449
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb			59.308.412	55.276
7. Versicherungstechnisches Ergebnis			16.504.892	8.947
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		1.123.699		1.820
davon:				
aus verbundenen Unternehmen: 1.123.699 €				1.526
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	595.849			577
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	<u>11.298.304</u>			10.148
		11.894.153		10.725
c) Erträge aus Zuschreibungen		429.769		609
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		<u>713.408</u>		646
			14.161.029	13.800
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		872.395		695
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		1.361.522		695
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		<u>43.520</u>		443
			<u>2.277.437</u>	1.833
			11.883.592	11.967
3. Sonstige Erträge			1.313.700	1.791
4. Sonstige Aufwendungen			<u>4.195.745</u>	3.554
			-2.882.045	-1.763
5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			25.506.439	19.151
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			32.204	27
7. Sonstige Steuern			<u>66.706</u>	66
			98.910	92
8. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne			25.407.529	19.059
9. Jahresüberschuss				-

Anhang

Angaben zur Identifikation gem. § 264 Abs. 1a HGB

Die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG, Köln, ist beim Amtsgericht Köln unter der Handelsregisternummer HRB 11144 eingetragen.

Bilanzierungs-, Ermittlungs- und Bewertungsmethoden

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** (EDV-Software) wurden zu Anschaffungskosten bewertet und werden mit Ausnahme der geleisteten Anzahlungen planmäßig zwischen drei und zehn Jahren abgeschrieben. Die Abschreibungen wurden nach der linearen Methode ermittelt. Geleistete Anzahlungen wurden zu Nennwerten bewertet. Bei geringwertigen Anlagegütern von untergeordneter Bedeutung, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Andernfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Die Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet. Die Gebäude werden planmäßig über 50 Jahre abgeschrieben. Die Abschreibungen wurden nach der linearen Methode ermittelt.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen** und die **Beteiligungen** wurden mit den Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen.

Der Ansatz der **Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere**, der **Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere** erfolgte zu Anschaffungskosten, niedrigeren Börsenkursen oder zu dem niedrigeren beizulegenden Wert.

Der beizulegende Wert eines Fondsanteils wird auf Basis der Ermittlung der entsprechenden Werte der Einzelanlagen errechnet (Fondsdurchschau). Bei einem gemischten Fonds wird für Aktienpositionen und festverzinsliche Wertpapiere eine gesonderte Betrachtung durchgeführt und die weiteren Positionen (Zielfonds, Derivate, Bankguthaben, Forderungen etc.) werden unverändert zum Marktwert angesetzt. Im Rahmen der Durchschau in Fonds mit stiller Last auf den Anteilsschein werden die Schuldtitel im Fonds anhand einer bonitätsinduzierten Vorgehensweise auf stille Lasten analysiert. Nicht als voraussichtlich dauernd wertgemindert eingestufte Schuldtitel werden einheitlich mit ihrem Nennwert angesetzt. Hierbei wird beachtet, dass die (fortgeführten) Anschaffungskosten dieser Schuldtitel im Fonds im Durchschnitt nicht wesentlich vom Nennwert abweichen. Die Non-Investment Grade-Titel und andere als voraussichtlich dauernd wertgemindert eingestufte Schuldtitel, werden mit ihrem Börsen- oder Marktpreis berücksichtigt.

Die **Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen** sind zu Anschaffungskosten abzüglich einer Einzelwertberichtigung für das latente Ausfallrisiko bilanziert worden.

Die Bilanzwerte der **Namenschuldverschreibungen** entsprechen den Nennwerten. Agio und Disagio wurden durch Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt.

Die Bilanzwerte der **Schuldscheinforderungen und Darlehen** werden zu fortgeführten Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation, einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und den Rückzahlungsbeträgen, unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Kapitalanlagen, die nach § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet wurden, wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Kapitalanlagen, die dem Umlaufvermögen zugeordnet worden sind, wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sofern in früheren Jahren eine Abschreibung auf einen niedrigeren Wert erfolgte, wurde eine Zuschreibung vorgenommen, wenn diesen Vermögensgegenständen am Bilanzstichtag wieder ein höherer Wert beigemessen werden konnte. Die Zuschreibungen erfolgten bis zur Höhe der Anschaffungskosten oder auf den niedrigeren Börsenwert.

Die **Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** sind zu Nennwerten abzüglich Einzelwertberichtigungen und einer Pauschalabwertung für das latente Ausfallrisiko bilanziert worden.

Die **sonstigen Forderungen** und die **sonstigen Vermögensgegenstände** wurden, soweit sie nicht die Betriebs- und Geschäftsausstattung betrafen, zu Nennwerten bewertet. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen zwischen drei und zwanzig Jahren, bilanziert. Geleistete Anzahlungen wurden zu Nennwerten bewertet. Die Abschreibungen wurden nach der linearen Methode ermittelt. Bei geringwertigen Anlagegütern, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Andernfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurden neben Vorauszahlungen für künftige Zeiträume, das Agio aus Namensschuldverschreibungen sowie die noch nicht fälligen Zinsansprüche zu Nennwerten angesetzt.

Die Bemessung der **versicherungstechnischen Rückstellungen** erfolgte nach den folgenden Grundsätzen:
Für Schadenfälle der letzten sechs Meldejahre wurde die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft mittels eines Gruppenbewertungsverfahrens bewertet. Alle noch nicht erledigten Schadenfälle älteren Meldedatums wurden nach Aktenlage einzeln bewertet. Für den Spätschadenbedarf sowie für wiederauflebende Schadenfälle wurden auf der Grundlage von Erfahrungswerten Pauschalrückstellungen gebildet.
In der Rückstellung wurden Beträge für die Schadenregulierungen berücksichtigt.

Die Bildung der **Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung** erfolgte aufgrund vertraglicher Vereinbarungen in einem Gruppenversicherungsvertrag.

Die **sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen** enthalten eine Stornorückstellung für Beitragsforderungen. Die Rückstellung wurde auf Basis der stornierten Verträge der letzten fünf Jahre hochgerechnet.

Die **anderen Rückstellungen** wurden nach folgenden Grundlagen gebildet:
Die Berechnung der **Pensionsrückstellung** erfolgte nach der sogenannten Projected Unit Credit-Methode auf der Basis der HEUBECK-Richttafeln 2018 G. Der Diskontierungszinssatz wurde mit 2,06 % (Vorjahr 1,90 %) angesetzt und auf Basis einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ermittelt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Als Finanzierungsendalter wurde die vertragliche Altersgrenze verwendet. Die Gehaltsdynamik wurde mit 2,0 % p. a., der Trend zur Beitragsbemessungsgrenze wurde mit 3,0 % p.a. und die Rentendynamik wurde je nach Zusage mit 1,0 % bzw. 2,0 % p. a. angesetzt. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB beträgt zum Stichtag -149.824 € (Vorjahr -59.775 €).

Die **sonstigen Rückstellungen** sind für das laufende Geschäftsjahr gebildet und bemessen sich nach dem nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag.

Die **Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** und die **sonstigen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Unter den **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurde das Disagio aus Namensschuldverschreibungen sowie im Voraus empfangene Mieten angesetzt.

Die Währungsumrechnung von Posten in fremder Währung erfolgte zum Bilanzstichtag mit dem Devisenkassamittelkurs.

Angaben zu latenten Steuern erfolgen aufgrund der steuerlichen Organschaft auf Ebene der Organträgerin DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE, Köln.

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis III. im Geschäftsjahr 2025

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Um- buchungen Tsd. €	Abgänge Tsd. €	Zuschrei- bungen Tsd. €	Abschrei- bungen Tsd. €	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	732	1.589	143	-	-	557	1.907
2. geleistete Anzahlungen	679	310	- 143	-	-	-	846
3. Summe A.	1.411	1.899	-	-	-	557	2.753
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken							
	4.602	5	-	-	-	76	4.531
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	50.276	42.835	-	-	-	-	93.111
2. Beteiligungen	9.587	848	-10.033	402	-	-	-
3. Summe B. II.	59.863	43.683	-10.033	402	-	-	93.111
B. III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Invest- mentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	57.328	4.918	12.533	3.956	430	1.286	69.967
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	229.889	59.589	-	35.185	-	-	254.293
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	2.822	137	-	137	-	-	2.822
4. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	126.000	-	-	10.500	-	-	115.500
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	29.423	9	-	2.510	-	-	26.922
5. Einlagen bei Kreditinstituten	-	80.000	-	80.000	-	-	-
6. Andere Kapitalanlagen	2.500	-	-2.500	-	-	-	-
7. Summe B. III.	447.962	144.653	10.033	132.288	430	1.286	469.504
insgesamt	513.838	190.240	-	132.690	430	1.919	569.899

Aufgrund von voraussichtlich dauernden Wertminderungen wurden bei Vermögensgegenständen, die nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet wurden, außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 0,1 Mio. € vorgenommen.

Erläuterungen zur Bilanz

Zu Aktiva B.

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen weisen zum 31. Dezember 2025 folgende Buch- und Zeitwerte aus:

Kapitalanlagen		
	Buchwert €	Zeitwert €
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.531.796	9.070.000
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen - Anteile an verbundenen Unternehmen	93.110.680	123.520.425
B. III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	69.967.028	89.091.234
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	254.293.452	235.025.357
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	2.822.580	2.814.244
4. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	115.500.000	97.939.795
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	26.921.664	24.002.233
insgesamt	567.147.200	581.463.288
davon: zu Anschaffungskosten bewertet	451.647.200	483.523.493
davon: nach Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB bewertet	310.676.520	299.589.861

In den Bewertungsreserven sind insgesamt stille Lasten in Höhe von 41,3 Mio. € enthalten. Diese entfallen auf Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und die Sonstigen Kapitalanlagen.

Bei der Ermittlung der Zeitwerte wurden in Abhängigkeit von der jeweiligen Anlageart verschiedene Bewertungsmethoden angewandt.

Die Bewertung des Grundbesitzes erfolgte grundsätzlich nach dem Ertragswertverfahren. Alle am 31. Dezember 2025 vorhandenen Grundstücksobjekte wurden im Geschäftsjahr anhand von externen Gutachten neu bewertet.

Die Zeitwertermittlung für Anteile an verbundenen Unternehmen erfolgte zum Teil auf der Basis von Ertragswerten bzw. zum Net Asset Value oder Buchwert gleich Marktwert.

Sowohl Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere als auch Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden mit den Börsenjahresabschlusskursen bzw. Rücknahmepreisen bewertet.

Die Bewertung der durch Hypotheken, Grundpfandrechte und Rentenschuld abgesicherten Darlehen erfolgte auf Grundlage der tagesaktuellen Zinsstrukturkurve, wobei sowohl das Bonitäts- als auch das Objektrisiko berücksichtigt wurden.

Die Zeitwerte der sonstigen Ausleihungen wurden auf der Grundlage der Renditestrukturkurve zu marktüblichen Konditionen ermittelt.

Bei auf fremde Währung lautenden Kapitalanlagen wurde der entsprechende Devisenkassamittelkurs zum Bilanzstichtag in die Zeitwertermittlung einbezogen.

Finanzinstrumente i. S. d. § 285 Nr. 18 HGB, die über ihrem beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden

	Buchwert Tsd. €	beizulegender Zeitwert Tsd. €
Verbundene Unternehmen	10.000	9.917
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.697	4.275
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	201.722	181.570
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	1.788	1.771
Sonstige Ausleihungen	132.416	111.793

Abschreibungen wurden unterlassen, da es sich nicht um voraussichtlich dauernde Wertminderungen handelt. Es ist beabsichtigt, die Wertpapiere bis zu ihrer Fälligkeit zu halten bzw. ist nach unserem Bewertungstool nur von einer vorübergehenden Wertminderung auszugehen.

Anteile oder Anlageaktien an inländischen Investmentvermögen gemäß § 285 Nr. 26 HGB

Anlageziel	Ausschüttung Tsd. €	Zeitwert Tsd. €	stille Reserven/ stille Lasten Tsd. €	Beschränkung der täglichen Rückgabe
Aktienfonds	590	26.326	1.927	
Immobilienfonds	360	14.775	1.706	zwischen 1 Monat bis nach 6 Monaten

Zu Aktiva B. II.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

	Anteil in %	Eigenkapital €	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres €
Unmittelbare verbundene Unternehmen und Beteiligungen			
DEVK Saturn GmbH, Köln	33,33	76.242.351	-80.445
DRED S.C.S. SICAV-FIS, Luxemburg (L)	4,59	564.993.645	22.853.185
Grundversorgung S.C.S., Luxemburg (L)	3,86	191.700.511 ¹	5.030.202 ¹
KLUGO GmbH, Köln	100,00	1.784.976	222.557

¹ Basis Teilkonzernabschluss

Zu Aktiva E. II.

Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Vorauszahlungen für künftige Leistungen	800 €
Agio aus Namensschuldverschreibungen	1.180 €
	<u>1.980 €</u>

Zu Passiva A. I.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 21,0 Mio. € ist in 21,0 Mio. auf den Namen lautende nennwertlose Stückaktien eingeteilt.

Zu Passiva B. I.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Das Abwicklungsergebnis des Geschäftsjahres beträgt 31,4 Mio. € (Vorjahr 21,8 Mio. €) und ist auf eine vorsichtige Reservierung in Vorjahren zurückzuführen.

Zu Passiva B. II.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

erfolgsunabhängig	
Stand 31.12.2024	5.346.198 €
Zuführung	655.608 €
Stand 31.12.2025	<u>6.001.806 €</u>

Zu Passiva E.

Rechnungsabgrenzungsposten

Disagio aus Namensschuldverschreibungen	2.611.249 €
im Voraus empfangene Mieten	194 €
	<u>2.611.443 €</u>

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
gebuchte Beiträge	228.833	217.165
verdiente Beiträge	228.833	217.165
Aufwendungen für Versicherungsfälle	152.443	152.830
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	59.308	55.276
versicherungstechnisches Ergebnis	16.505	8.948
versicherungstechnische Rückstellungen insgesamt	467.545	434.501
davon:		
- Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	461.383	428.996
Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge	1.016.637	1.019.798

Im gesamten Versicherungsgeschäft entfielen von den Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb auf:

Abschlussaufwendungen	24.522.660 €
Verwaltungsaufwendungen	34.785.752 €

Zu Posten II 1. und II 2.

Erträge aus Kapitalanlagen und Aufwendungen für Kapitalanlagen

Von den Erträgen aus Kapitalanlagen entfallen 2.380 € (Vorjahr 9.824 €) auf die Währungsumrechnung. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen betragen - € (Vorjahr 9.209 €) aus der Währungsumrechnung.

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen		
	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	36.756	35.603
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	-	-
3. Löhne und Gehälter	448	452
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	-	-
5. Aufwendungen für Altersversorgung	227	457
insgesamt	37.431	36.512

Die Pensionsrückstellung für die im Wege des Gemeinschaftsvertrags zur Verfügung gestellten Mitarbeiter wird bei der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE bilanziert. Die Zuführung zur Pensionsrückstellung, mit Ausnahme der Zinszuführung, wird der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-AG belastet.

Unser Unternehmen verfügt nicht über eigenes Personal.

Gesamtbezüge der Gremien

Im Berichtsjahr betragen die Bezüge des Vorstands 488.355 €. Die Ruhegehälter früherer Vorstandsmitglieder bzw. Hinterbliebener beliefen sich auf 385.097 €. Für diesen Personenkreis war am 31. Dezember 2025 eine Pensionsrückstellung von 5.915.652 € bilanziert. Die Pensionsrückstellung für ausgeschiedene Anwärter belief sich auf 1.040.470 €. Die Vergütungen des Aufsichtsrats beliefen sich auf 66.212 €.

Die Anhangangabe § 285 Nr. 10 HGB zur Aufstellung der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans und des Aufsichtsrats befindet sich vor dem Lagebericht.

Abschlussprüferhonorare

Für Leistungen, die der Abschlussprüfer (PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) für das Unternehmen erbracht hat, wurden im Geschäftsjahr 100.085 € aufgewendet (inkl. 5.833 € Minderaufwand für 2024). Diese entfielen in vollem Umfang auf Abschlussprüfungsleistungen.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestanden am Bilanzstichtag finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 12,1 Mio. €. Diese setzten sich zusammen aus Auszahlungsverpflichtungen aus genehmigten, aber noch nicht ausgezahlten Hypothekendarlehen (0,1 Tsd. €) sowie den Resteinzahlungsverpflichtungen aus Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen und Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren (12,0 Mio. €). Hierauf entfallen Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 7,6 Mio. €.

Auswirkungen aus dem Mindeststeuergesetz (MinStG)

Das MinStG, das am 15. Dezember 2023 vom Bundesrat final beschlossen wurde und am 28. Dezember 2023 in Kraft getreten ist, ist Teil des Mindestbesteuerungsrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (MinBestRL-UmsG), welches der nationalen Umsetzung der europäischen Richtlinie (EU) 2022/2523 des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Gewährleistung einer globalen effektiven Mindestbesteuerung für multinationale Unternehmensgruppen und große inländische Gruppen in der Europäischen Union dient. Das MinStG ist grundsätzlich auf Geschäftsjahre anwendbar, die nach dem 30. Dezember 2023 beginnen.

Die Gruppenträgerin der deutschen Mindeststeuergruppe sowie gleichzeitig die oberste Muttergesellschaft i. S. d. § 4 Abs. 3 MinStG ist der DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn. Auswirkungen aus der Anwendbarkeit des MinStG resultieren daher auf Ebene der Berichtsgesellschaft nicht.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres waren keine Vorgänge oder Ereignisse zu verzeichnen, die die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinflussen.

Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wird gemäß den rechtlichen Vorschriften im Unternehmensregister veröffentlicht.

An unserer Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag die DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE, Köln, mit 100 % beteiligt. Diese hat gemäß § 20 Abs. 4 AktG mitgeteilt, dass ihr die Mehrheit der Stimmrechte zustehen.

Unsere Gesellschaft ist von der Verpflichtung, einen Konzernabschluss und Konzernlagebericht aufzustellen, befreit.

Name und Sitz des Mutterunternehmens, das den befreienden Konzernabschluss für den größten und zugleich kleinsten Kreis der Unternehmen aufstellt, in den das Unternehmen einbezogen wurde:

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn
Zentrale, Riehler Straße 190, 50735 Köln

Der Konzernabschluss ist auf der Homepage der DEVK unter www.devk.de eingestellt und wird im Unternehmensregister veröffentlicht.

Köln, 26. März 2026

Der Vorstand

Dr. Nabila Abaza-Uhrberg

Elmar Kaube

Olaf Nohren

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-Aktiengesellschaft, Köln

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-Aktiengesellschaft, Köln, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2025 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

1. Bewertung der Kapitalanlagen

2. Bewertung der Schadenrückstellungen

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

1. Sachverhalt und Problemstellung
2. Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
3. Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

1. Bewertung der Kapitalanlagen

1. Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden Kapitalanlagen in der Bilanz in Höhe von € 567.147.200 (98,2 % der Bilanzsumme) ausgewiesen. Die handelsrechtliche Bewertung der einzelnen Kapitalanlagen richtet sich nach den Anschaffungskosten und dem niedrigeren beizulegenden Wert bzw. deren Zeitwert. Nach § 341b Abs. 2 Satz 1 HGB können gewisse Kapitalanlagen von Versicherungsunternehmen, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet werden. In diesem Fall werden außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert nur bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen (gemildertes Niederstwertprinzip) und nur vorübergehende Wertminderungen als stille Lasten in Folgejahre vorgetragen. Eine Bestimmung als dauernd dem Geschäftsbetrieb dienend setzt eine Dauerhalteabsicht und -fähigkeit für diese Kapitalanlagen voraus. Zur Ermittlung des beizulegenden Werts bzw. Zeitwerts wird – soweit vorhanden – der Marktpreis der jeweiligen Kapitalanlage herangezogen. Bei Kapitalanlagen, deren Bewertung nicht auf Basis von Börsenpreisen oder sonstigen Marktpreisen erfolgt (wie z.B. bei nicht börsennotierten Anteilen an verbundenen Unternehmen, bei sonstigen strukturierten und illiquiden Anleihen sowie Immobilien), besteht aufgrund der Notwendigkeit der Verwendung von Modellberechnungen ein erhöhtes Bewertungsrisiko. In diesem Zusammenhang sind von den gesetzlichen Vertretern Ermessensentscheidungen, Schätzungen und Annahmen, auch im Hinblick auf mögliche Auswirkungen der makroökonomischen und geopolitischen Einflussfaktoren einschließlich der Zinsentwicklung auf die Bewertung der Kapitalanlagen zu treffen. Geringfügige Änderungen dieser Annahmen sowie der verwendeten Methoden können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der Kapitalanlagen haben.

Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung der Kapitalanlagen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft, des Umfangs der in Folge des gemilderten Niederstwertprinzips vorgetragenen stillen Lasten sowie der Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der Kapitalanlagen im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der Kapitalanlagen für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft gemeinsam mit unseren internen Spezialisten für Kapitalanlagen die von der Gesellschaft verwendeten Modelle und die von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unsere Bewertungsexpertise für Kapitalanlagen, unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt. Zudem haben wir die Ausgestaltung und die Wirksamkeit der eingerichteten Kontrollen der Gesellschaft zur Bewertung der Kapitalanlagen und Erfassung des Ergebnisses aus Kapitalanlagen gewürdigt. Hierauf aufbauend haben wir weitere analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertung der Kapitalanlagen vorgenommen. In

dem Zusammenhang haben wir auch die Einschätzung der gesetzlichen Vertreter hinsichtlich der Auswirkungen der makroökonomischen und geopolitischen Einflussfaktoren einschließlich der Zinsentwicklung auf die Bewertung der Kapitalanlagen gewürdigt. Wir haben unter anderem auch die zugrundeliegenden Wertansätze und deren Werthaltigkeit anhand der zur Verfügung gestellten Unterlagen nachvollzogen und die konsistente Anwendung der Bewertungsmethoden und die Periodenabgrenzung überprüft. Hinsichtlich der Beurteilung vorhandener stiller Lasten haben wir gewürdigt, inwiefern die Voraussetzungen zur Dauerhalteabsicht und -fähigkeit vorlagen und vorhandene Wertminderungen nicht von Dauer sind. Darüber hinaus haben wir die von der Gesellschaft erstellten bzw. eingeholten Bewertungsgutachten (einschließlich der angewendeten Bewertungsparameter und getroffenen Annahmen) für die wesentlichen Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen und Immobilien der Gesellschaft gewürdigt. Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der Kapitalanlagen begründet und hinreichend dokumentiert sind.

3. Die Angaben der Gesellschaft zu den Kapitalanlagen sind in den Abschnitten „Bilanzierungs-, Ermittlungs- und Bewertungsmethoden“ und „Erläuterungen zur Bilanz“ des Anhangs enthalten.

2. Bewertung der Schadenrückstellungen

1. Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten „Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle“ versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen (sog. „Schadenrückstellungen“) in Höhe von € 461.383.260 (79,9% der Bilanzsumme) ausgewiesen. Versicherungsunternehmen haben versicherungstechnische Rückstellungen insoweit zu bilden, wie dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen sicherzustellen. Die Festlegung von Annahmen zur Bewertung der versicherungstechnischen Rückstellungen erfordert von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft neben der Berücksichtigung der handels- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen eine Einschätzung zukünftiger Ereignisse und die Anwendung geeigneter Bewertungsmethoden.

Die Bewertung der Schadenrückstellung für bekannte Versicherungsfälle der letzten sechs Meldejahre erfolgt mittels einer Gruppenbewertung. Alle noch offenen Schadenfälle älteren Meldedatums werden individuell nach Aktenlage einzeln bewertet. Die Ermittlung der Rückstellungshöhe für die Gruppenbewertung sowie der Spätschäden aus unbekanntem Versicherungsfällen erfolgt nach pauschalem Verfahren unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Vergangenheit. Für wiederauflebende Schadenfälle wurden auf der Grundlage von Erfahrungswerten Pauschalrückstellungen gebildet.

Den bei der Ermittlung der Höhe der Schadenrückstellungen angewendeten Methoden sowie Berechnungsparametern liegen Ermessensentscheidungen und Annahmen der gesetzlichen Vertreter zugrunde. Geringfügige Änderungen dieser Annahmen sowie der verwendeten Methoden können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der Schadenrückstellungen haben.

Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung dieser Rückstellungen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft sowie der erheblichen Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der Schadenrückstellungen im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

2. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der Schadenrückstellungen für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft gemeinsam mit unseren internen Bewertungsspezialisten die von der Gesellschaft verwendeten Methoden und von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt sowie anerkannte Methoden berücksichtigt. Zudem haben wir die Ausgestaltung und die Wirksamkeit der eingerichteten Kontrollen der Gesellschaft zur Ermittlung und Erfassung von Schadenrückstellungen gewürdigt. Hierauf aufbauend haben wir weitere analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertung der Schadenrückstellungen vorgenommen. Wir haben unter anderem auch die der Berechnung des Erfüllungsbetrags zugrunde liegenden Daten mit den Basisdokumenten abgestimmt. Damit einhergehend haben wir die berechneten Ergebnisse der Gesellschaft zur Höhe der Rückstellungen anhand der anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften nachvollzogen und die konsistente Anwendung der Bewertungsmethoden und die Periodenabgrenzungen überprüft. Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der Schadenrückstellungen begründet und hinreichend dokumentiert sind.
3. Die Angaben der Gesellschaft zu den Schadenrückstellungen sind in den Abschnitten „Bilanzierungs-, Ermittlungs- und Bewertungsmethoden“ und „Erläuterungen zur Bilanz“ des Anhangs enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Art. 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 7. Mai als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 29. September 2025 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2024 als Abschlussprüfer der DEVK Rechtsschutz-Versicherungs-Aktiengesellschaft, Köln, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Maximilian Roestel.

Köln, den 27. März 2026

PricewaterhouseCoopers GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ludger Koslowski

Wirtschaftsprüfer

Maximilian Roestel

Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat während des Geschäftsjahres 2025 die Geschäftsführung des Vorstands aufgrund schriftlicher und mündlicher Berichterstattung laufend überprüft und sich in mehreren Sitzungen über die geschäftliche Entwicklung, die Geschäftspolitik und die Ertragslage des Unternehmens unterrichten lassen.

Die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die gemäß den gesetzlichen Vorschriften zum Abschlussprüfer bestellt wurde, hat den vom Vorstand erstellten Jahresabschluss und Lagebericht 2025 geprüft. Diese Prüfung hat zu keinen Beanstandungen geführt. Der Bestätigungsvermerk wurde ohne Einschränkung erteilt. Der Aufsichtsrat hat die Prüfungsergebnisse zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat nach Vorbereitung durch den Prüfungsausschuss den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht geprüft und gebilligt. Der Jahresabschluss 2025 ist damit festgestellt.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

Köln, 28. April 2026

Der Aufsichtsrat

Dr. Michael Zons

Vorsitzender

